

II-1966 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5854/11
1993-12-17

A n f r a g e

der Abg. Freund
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Schließung von Postämtern im Innviertel
(Regionalanliegen Nr. 168)

Im Zuge der geplanten Reform der Poststrukturen wird auch von der Schließung von Postämtern gesprochen. Meldungen des ORF zufolge beabsichtigt die Post- und Telegraphenverwaltung mehrere Postämter im Innviertel zu schließen. Genannt wurden unter anderem die Postämter Lambrechten, Weilbach und Treubach. Andererseits kursieren jedoch Meldungen, daß österreichweit keine Postämter geschlossen werden sollen. Die sich widersprechenden Meldungen verunsichern die Bevölkerung.

Die Postämter sind ein wesentlicher Bestandteil der ländlichen Infrastruktur und somit als wesentliche Elemente der örtlichen und überörtlichen Kommunikation zu betrachten. Durch eine flächendeckende Versorgung wird der Wirtschaftsstandort ländlicher Raum gestärkt. Eine entsprechende örtliche Kundennähe stärkt die Attraktivität von Einrichtungen.

Es stellt sich die Frage, ob eine Schließung kleinerer Postämter ein wirksames Einsparungspotential in einem Großunternehmen bietet.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

- 1) Beabsichtigt die Post- und Telegraphenverwaltung in absehbarer Zeit Postämter zu schließen?
- 2) Sind von einer derartigen Maßnahme auch Postämter in den politischen Bezirken Braunau, Schärding und Ried betroffen?
- 3) Wenn ja, welche Gründe sind für eine Schließung ausschlaggebend?
- 4) Welche positiven Effekte beziehungsweise Vorteile erhofft man sich von einer Schließung?
- 5) Wie läßt sich eine mögliche Schließung von Postämtern mit dem Erfordernis der Kundennähe vereinbaren?